

Angriff auf Klimaschutz und Menschenrechte

Die Folgen des EU-Assoziationsabkommens mit dem Mercosur für Mensch und Natur



Einleitung

Inmitten einer dramatischen Verschlechterung der Menschenrechtslage in Brasilien verkündete die EU-Kommission am 28. Juni 2019, sie habe eine „politische Einigung“ über ein Handelsabkommen mit dem Mercosur erzielt. Dem südamerikanischen Staatenbund gehören Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay an. Träte der Vertrag in Kraft, wäre es für die Kommission das „umfangreichste Handelsabkommen“, das die EU bisher verhandelte.¹ Für Mensch und Umwelt indes wäre es ein Rückschritt. Während die Kommission die Einigung als „historisch“ feierte, zeigte sich ein Bündnis lateinamerikanischer Bewegungen bestürzt. Das geplante Abkommen verschärfe die Gefahr für die Zivilgesellschaft, die sich einem rechten Vormarsch ausgesetzt sehe, vor allem nach der Amtsübernahme des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro im Januar 2019.²

Das brasilianische Netzwerk Rebrip bezeichnete den Vertrag als eine „Tragödie“ für die nachhaltige Entwicklung. Die Zustimmung der Mercosur-Regierungen sei vor allem dem Einfluss der Agrarlobby geschuldet, die auch hinter den zunehmenden Angriffen auf den Umweltschutz und indigene Gemeinschaften stehe.³

Die Gewerkschaftsdachverbände des Mercosur lehnen den Vertrag ebenfalls ab. Die angebotene Marktöffnung gegenüber der EU sei „ein Todesurteil für unsere Industrien“ und einen großen Teil der Arbeitsplätze.⁴

Eine politische Erklärung, aber noch keine Vertragsunterzeichnung

Wichtig aber: Bisher ist der Vertrag noch nicht unterzeichnet worden. Tatsächlich erzielten beide Seiten bisher nur eine „grundsätzliche Einigung über Elemente des Handelsabkommens“, das wiederum Bestandteil eines umfassenderen Assoziationsabkommens werden soll.⁵

Die veröffentlichten Entwürfe müssen noch in einen Vertragstext gegossen werden, der dann einer juristischen Prüfung unterzogen, in alle Amtssprachen der EU übersetzt und unterzeichnet wird. Allein dieser Prozess kann zwei Jahre dauern. Erst danach könnte die Ratifizierung beginnen.

Kommt es zum Ratifizierungsverfahren, müssten dem Assoziationsabkommen in der EU voraussichtlich nicht nur der Rat und das Europaparlament, sondern auch die



Mitgliedsstaaten zustimmen. Allerdings könnte der problematischste Teil – das Handelsabkommen – bereits nach der Zustimmung durch den Rat und das Europaparlament vorläufig in Kraft gesetzt werden.⁶

Proteste auf beiden Seiten des Atlantiks

Doch eine Blockade des Prozesses ist nicht auszuschließen. So finden in Argentinien im Oktober 2019 Präsidentschaftswahlen statt, die zu einer Ablösung des neoliberalen, konservativen Amtsinhabers, Mauricio Macri, durch eine Mitte-Links-Regierung führen könnten. Der Oppositionskandidat, Alberto Fernández, kritisierte das Abkommen bereits scharf und schloss dessen Revision nicht aus.⁷

Auch auf EU-Seite reißt die Kritik nicht ab. Bauernverbände und Umweltorganisationen verweisen vor allem auf die verabredete Steigerung der Agrarimporte, die im Mercosur Entwaldung befeuert und in der EU bäuerliche Betriebe bedroht. Besonders stark sind die Proteste in Frankreich, Irland und Belgien, wo Bauernverbände bereits auf die Straße gingen.⁸ Die bäuerliche Kritik gegen Mercosur und die handelspolitische Agenda der EU wächst auch in Deutschland und anderen Ländern und mündete bereits in eine grenzübergreifende Aktion mit Treckern.⁹

In Frankreich gerät Präsident Macron unter Druck, der sich gern als Anwalt des Pariser Klimaabkommens inszeniert, der Einigung aber dennoch zustimmte. Sein Agrarminister, Didier Guillaume, erklärte jüngst, das Abkommen sei „derzeit nicht ratifizierbar“.¹⁰

Die im August 2019 ausgebrochenen massiven Waldbrände im brasilianischen Amazonas und die Inaktivität der Regierung Bolsonaro haben die Kritik am Abkommen noch verschärft. Dennoch hält die Bundesregierung an dessen Unterzeichnung fest.¹¹

Agrarquoten: Verdrängung durch Milchüberschüsse

Einer der strittigsten Punkte sind die vereinbarten Agrarquoten. Dem Mercosur gewährt die EU zollbegünstigte Quoten über 99.000 Tonnen für Rindfleisch, 180.000 Tonnen für Geflügelfleisch und 650.000 Tonnen für Ethanol. Die EU-Exportwirtschaft wiederum kann von zollfreien Quoten für Käse (30.000 Tonnen), Milchpulver (10.000 Tonnen) und Babyahrung (3.000 Tonnen) profitieren.¹²

Die EU-Milchüberschüsse finden damit zusätzliche Absatzmöglichkeiten, was wiederum die Milchbetriebe des Mercosurs alarmierte. In Argentinien etwa forderten sie vergeblich, ihre Branche von dem Abkommen auszuklammern.¹³ Derweil fürchten Uruguays Milchzeuger besonders um ihre Absatzmargen im Nachbarland Brasilien.¹⁴ Das Beispiel zeigt: Das Abkommen konterkariert nicht nur eine ökologisch gebotene Verkürzung von Lieferketten, sondern auch die regionale Integration im Mercosur.

Rindfleisch: Export auf Kosten der Natur

Besonderen Zorn der europäischen Bauernschaft löste die dem Mercosur eingeräumte Rindfleischquote von 99.000 Tonnen aus. AgrarexpertInnen befürchten, dass die dadurch verschärfte Preiskonkurrenz hier vor allem jene Viehbetriebe treffen könnte, die tier- und umweltgerechte Weidehaltung betreiben.¹⁵

Noch dramatischer sind die Folgen im Mercosur. Brasilien ist weltweit der zweitgrößte Produzent und der größte Exporteur von Rindfleisch. Die EU gehört neben China zu den Hauptabnehmern.¹⁶ In Brasilien aber gehören die Rinderherden zu den hauptsächlichen Treibern der Entwaldung, besonders in Amazonien.

Ein JournalistInnen-Team enthüllte jüngst, dass der brasilianische Konzern JBS – der größte Fleischverarbeiter der Welt – Tausende von Rindern schlachtete, die seine Lieferanten auf illegal abgeholzten Amazonasflächen gemästet hatten.¹⁷ Tatsächlich wird davon ausgegangen, dass die massiven Waldbrände auf Brandstiftung zurückzuführen sind, um Flächen vor allem für die Viehzucht freizulegen.¹⁸

2



Kühe auf dem argentinischen Viehmarkt bereit zum Verkauf Photo: Beatrice Murch, Flickr

Gefahr für Lebensmittelsicherheit: Schleifen der Importkontrollen

JBS gilt aber nicht nur als Waldvernichter. 2017 stand das Unternehmen im Mittelpunkt des größten Lebensmittelskandals Brasiliens. JBS und andere Konzerne mischten Gammelfleisch unter ihre Exportware und bestachen staatliche Inspektoren, um dennoch an Hygienezertifikate zu kommen.¹⁹

Doch das Abkommen könnte die Entdeckung belasteter Lebensmittel künftig noch erschweren. So sieht das Kapitel über Lebensmittelsicherheit eine Beschleunigung der Exportgenehmigungen für tierische Produkte vor. Danach verzichtet das Einfuhrland auf Kontrollen einzelner Viehbetriebe, wenn das Ausfuhrland „ausreichende Garantien“ über seine Exportbetriebe erbringt. Ferner soll die Häufigkeit der Importkontrollen reduziert werden.²⁰

Der jüngste Skandal zeigte aber, wie leicht auch unseriöse Exporteure an die Hygienezertifikate kommen können. Werden dann noch Importkontrollen reduziert, steigt das Risiko, dass belastete Lieferungen unentdeckt bleiben. So enthüllte eine aktuelle Untersuchung der EU-Hühnerfleischimporte aus Brasilien, dass 20 Prozent der Lieferungen mit Salmonellen infiziert sind. Doch wurde etwa in Großbritannien nur ein Fünftel der Lieferungen mikrobiologisch getestet. Eine unbekannte Menge belasteten Fleisches konnte daher unentdeckt die Grenze passieren.²¹

Hinzu kommt: Brasilien ist der größte Verbraucher von Ackergiften in der Welt – eine zusätzliche Gefahr nicht nur für die Lebensmittelsicherheit, sondern auch für die Artenvielfalt. So starben allein zwischen Dezember und Februar 2019 rund 500 Millionen Bienen in vier brasilianischen Bundesstaaten. Hauptgrund ist der massive Einsatz von Pestiziden, die in der EU mittlerweile verboten sind. Schlimmer noch: Da die Bolsonaro-Regierung 290 weiteren Pestiziden im Juli 2019 die Zulassung erteilte, fürchten ExpertInnen eine weitere Zunahme des Bienensterbens.²²

Senkung von Exportsteuern: Empfindliche Einnahmeverluste

Vor allem künftige argentinische Regierungen riskieren mit dem EU-Mercosur-Abkommen erhebliche Verluste ihrer Staatseinnahmen. Im Entwurf des Kapitels über die Exportabgaben findet sich eine lange Liste von Produkten, bei denen sich Argentinien dazu verpflichtet, Exportsteuern zu beseitigen oder zu senken.



Urwälder werden von landwirtschaftlichen Monokulturen verdrängt Photo: Nicole Geri, Unsplash

Für Soja, das wichtigste argentinische Exportprodukt, ist im fünften Jahr nach dem Inkrafttreten des Abkommens eine Absenkung der Exportsteuern auf 18 Prozent des Warenwerts vorgesehen, im zehnten Jahr auf 14 Prozent.²³

Die Exportsteuern sind noch immer eine unverzichtbare Einnahmequelle für den argentinischen Staatshaushalt. Derzeit liegt der Steuersatz, den die Macri-Regierung auf Sojaexporte erhebt, bei rund 29 Prozent. Unter der Vorgängerregierung lag er sogar bei 35 Prozent.²⁴ Im Jahr 2018 spülten die Exportsteuern auf Soja 5 Milliarden US-Dollar in die argentinische Staatskasse.²⁵

Die Absenkung der Exportsteuern hat noch einen weiteren schädlichen Aspekt. Denn dadurch verbilligt sich die Sojaeinfuhr in die EU und damit die Futtermittelbeschaffung hiesiger Tierfabriken. Dies wiederum trägt dazu bei, die europäische Überschussproduktion von Fleisch und Milch fortzusetzen.²⁶

Automobilindustrie: Zollabbau und Abgasmanipulation

Die deutsche Automobilindustrie zeigte sich begeistert über die Einigung. „Dieses Abkommen ist ein großer Erfolg für Europa und die Kommission“, jubelte der Präsident des Verbands der Automobilindustrie, Bernhard Mattes.²⁷ Tatsächlich sieht die politische Einigung vor, die Autozölle über 15 Jahre zu beseitigen. In den ersten sieben Jahren gewährt der Mercosur bereits eine Quote von 50.000 PKWs, die zu halbiertem Zollsatz eingeführt werden dürfen.²⁸



Autoexport über den Atlantik
Photo: Tobias Tullius, Unsplash

4

Damit auch die Zulassung europäischer PKWs im Mercosur reibungslos erfolgt, enthält das Abkommen einen Anhang zu Kraftfahrzeugen. Dieser sieht die Anerkennung von Testverfahren vor, die europäische Prüfinstanzen wie etwa der TÜV bei der PKW-Untersuchung anwenden.²⁹

Dies dürfte der deutschen Autoindustrie besonders gefallen, hat sie doch über Jahre Software zur Abgasmanipulation in die Motoren eingebaut. Diese Praxis können die TÜVs auch heute noch nicht wirksam unterbinden, denn eine Untersuchung der Motorensoftware ist trotz einer Änderung der Prüfvorschriften im Jahr 2018 noch immer nicht vorgeschrieben.³⁰ Das Handelsabkommen soll nun dazu führen, dass auch zukünftige Mercosur-Regierungen das völlig inadäquate deutsche Testverfahren anerkennen.

Verschärfung von Landkonflikten

Der Vormarsch des Agrobusiness in den Mercosur-Staaten heizt zahlreiche Landkonflikte an, gerade in noch walddreichen Regionen. Dabei erweisen sich vor allem Sojaplantagen und Rinderherden als wichtige Treiber der Entwaldung – ein Prozess, den das Abkommen noch verschärfen würde.

Leidtragende sind vor allem indigene Gemeinschaften, denen immer häufiger die Vertreibung droht.

In Brasilien kommt erschwerend hinzu, dass Präsident Bolsonaro mit seiner Politik ein „Klima der Straflosigkeit“ erzeugt.³¹ Ermutigt von den Hetzreden des Präsidenten gegen Indigene dringen zurzeit immer mehr HolzfällerInnen und GoldsucherInnen gewaltsam in deren Gebiete ein, was bereits zu mehreren Todesfällen führte.³²

Der Handelsvertrag sieht jedoch keine effektiven Gegenmaßnahmen vor. So ist etwa der Schutz der territorialen Rechte indigener Gemeinschaften eine eklatante Leerstelle. Stattdessen propagiert das sogenannte Nachhaltigkeitskapitel die Einbindung lokaler Gemeinschaften in Lieferketten von Forstprodukten, zu der sie ihre „vorherige informierte Zustimmung“ geben sollen.³³

Mit dem weit anspruchsvolleren UN-Konzept der „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ hat die Klausel aber wenig gemein.³⁴ Das nämlich verlangt die Zustimmung von Indigenen bei jeglicher Nutzung ihrer Territorien – und nicht einfach ihre Beteiligung am Holzhandel. Hinzu kommt: Selbst für dieses Ziel taugt das Nachhaltigkeitskapitel nicht als Druckmittel, denn es ist vom zwischenstaatlichen Streitschlichtungsmechanismus des Vertrags ausgenommen.

Auch das von der EU-Kommission vielbeschworene Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen fällt in dieses schwache Kapitel. Der Handel genießt somit unverändert Vorrang gegenüber dem Klimaschutz.

Das Abkommen verhindern!

Das geplante EU-Mercosur-Abkommen birgt mithin erhebliche soziale und ökologische Risiken.

- Durch die Agrarquoten fördert es die Überproduktion von Milch und Fleisch, statt sie abzubauen. Damit verstärkt es zugleich einen wichtigen Treiber des Klimawandels: die Abholzung des amazonischen Regenwaldes.
- Durch die Handelsausweitung heizt das Abkommen die Landkonflikte im Mercosur an, beinhaltet aber keine effektiven Mechanismen, um die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen zu ahnden.
- Durch den geplanten Abbau von Importkontrollen werden noch mehr belastete Lebensmittel unentdeckt den Zoll passieren und die Gesundheit der Menschen gefährden.

- Durch die Verpflichtung zur Senkung von Exportsteuern riskieren die Mercosur-Staaten – hier vor allem Argentinien – erhebliche Verluste ihrer Staatseinnahmen. Dadurch verliert das Land wichtige Ressourcen, um bessere Lebensbedingungen für seine Bevölkerung zu garantieren. Auch die UN-Ziele zur nachhaltigen Entwicklung werden so untergraben.
- Durch den Zollabbau und die Anerkennung der unzureichenden deutschen Abgastests begünstigt das Abkommen den klimaschädlichen Autohandel und die Luftverschmutzung durch Abgasmanipulation.

Aus all diesen Gründen sollte das geplante Abkommen verhindert werden. Dies ist auch immer noch möglich. Denn die jüngst verkündete politische Einigung bedeutet weder den Abschluss der Verhandlungen noch eine Annahme des Vertrags. Zudem hat die öffentliche Auseinandersetzung um dieses Abkommen gerade erst begonnen.

Endnoten

- 1 Europäische Kommission: EU und Mercosur erzielen Einigung in Handelsfragen, Pressemitteilung, 28. Juni 2019: https://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-3396_de.htm
- 2 Jornada Continental por la Democracia y Contra el Neoliberalismo: Jornada Continental rechaza TLC Mercosur-UE, 18. Juni 2019: <https://seguimosenlucha.org/index.php/2019/06/18/la-jornada-continental-rechaza-tlc-mercador-ue/>
- 3 Rebrip: O Acordo União Europeia – Mercosul: Uma tragédia que ainda pode ser evitada, 4.7.2019: <http://www.rebrip.org.br/noticias/nota-rebrip-o-acordo-uniao-europeia-mercador-uma-tragedia-que-ainda-pode-ser-evi-4c28/>
- 4 CCSCS: Comunicado de la Coordinadora de Centrales Sindicales del Cono Sur sobre el Tratado de Libre Comercio entre el Mercosur y la Unión Europea, 28.6.2019: <https://www.cta.org.ar/comunicado-de-la-coordinadora-de.html>
- 5 European Commission: EU-Mercosur trade agreement: The Agreement in Principle and its texts, 12.7.2019: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2048>
- 6 Vgl.: European Commission: Negotiating EU trade agreements. Who does what and how we reach a final deal, Brüssel 2018: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/june/tradoc_149616.pdf
- 7 Infobae: Alberto Fernández: 'Si tenemos que revisar los acuerdos que Macri está firmando por el mundo, lo vamos a hacer', 29.6.2019: <https://www.infobae.com/politica/2019/06/29/alberto-fernandez-si-tenemos-que-revisar-los-acuerdos-que-macri-esta-firmando-por-el-mundo-lo-vamos-a-hacer/>
- 8 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Kritik an Mercosur-Abkommen reißt nicht ab, 15.7.2019: https://www.abl-ev.de/appendix/news/details/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=2562&cHash=763d2b689c94a-6ec249d2a4419431364
- 9 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Bauern fordern mit Grenzaktion: Stopp von CETA und Co, 25.01.2019: https://www.abl-ev.de/appendix/news/details/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=2225&cHash=6295541866b50a168090e4151a40313f
- 10 Reuters: Dix experts chargés d'évaluer l'accord UE-Mercosur, 29.7.2019: <https://fr.reuters.com/article/topNews/idFRKCN1UO1NY-OFRTF>
- 11 Reuters: Maas zu Amazonas-Bränden – Mercosur-Abkommen kann Druckmittel sein, 26.8.2019: <https://de.reuters.com/article/deutschland-brasilien-maas-idDEKCN1VGOMA>
- 12 European Commission: New EU-Mercosur trade agreement – The agreement in principle, 1.7.2019: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/157964.htm>
- 13 Miguel Clariá: Lecheros piden ser excluidos del posible acuerdo con la UE, Cadena 3, 7.6.2019: <https://www.cadena3.com/noticias/politica-economia/lecheros-piden-ser-excluidos-del-posible-acuerdo-con-141014>
- 14 Hugo Ocampo: Uruguay gestiona que acuerdo UE-Mercosur no incluya lácteos, El Observador, 22.9.2017: <https://www.elobservador.com.uy/nota/uruguay-gestiona-que-acuerdo-ue-mercador-no-incluya-lacteos-2017920500>
- 15 Martin Häusling: Kurzbriefing zum Stand des EU-Mercosur Freihandelsabkommens, Juli 2019: https://www.martin-haeusling.eu/images/190703_Briefing_zum_EU_Mercosur_Abkommen_Martin_H%C3%A4usling_Juli_2019.pdf
- 16 Ashley Williams: Brazil closes 2018 with largest-ever beef volume exports, Global Meat, 22.1.2019: <https://www.globalmeatnews.com/Article/2019/01/22/Largest-ever-beef-exports-by-volume-for-Brazil>
- 17 Dom Phillips et al.: Revealed: Rampant deforestation of Amazon driven by global greed for meat, The Guardian, 2.7.2019: <https://www.theguardian.com/environment/2019/jul/02/revealed-amazon-deforestation-driven-global-greed-meat-brazil>
- 18 Zeit Online: Brasilianische Polizei ermittelt wegen Brandstiftung, 26.8.2019: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-08/amazonas-waldbraende-brasilien-brandstiftung-ermittlung-polizei>
- 19 Brad Brooks, Dominique Patton: China, EU cut imports of Brazil meat amid scandal. Reuters, 20.3.2017: <https://www.reuters.com/article/us-brazil-corruption-food-idUSKBN16R1MH>
- 20 European Commission: Trade part of the EU-Mercosur Association Agreement, Chapter Sanitary and Phytosanitary Measures, Article 7 – Trade Facilitation Measures: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/158155.htm>
- 21 Andrew Wesley et al.: Brazil sent one million salmonella-infected chickens to UK in two years, The Guardian, 3.7.2019: <https://www.theguardian.com/environment/2019/jul/03/brazil-one-million-salmonella-infected-chickens-uk>
- 22 Pedro Grigori: Half a billion bees dead as Brazil approves hundreds more pesticides, Mongabay, 23.8.2019: <https://news.mongabay.com/2019/08/half-a-billion-bees-dead-as-brazil-approves-hundreds-more-pesticides/>
- 23 European Commission: Trade part of the EU-Mercosur Association Agreement, Annex 2 – Export Duties: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/158187.htm>
- 24 Clarín: La soja volvería a tributar cerca de 30 % de retenciones, 3.9.2018: https://www.clarin.com/rural/soja-gran-ganadora-medidas-gobierno_0_H1CL-a5D7.html
- 25 Fernando Bertello: El Gobierno recaudará un 66 % más por las retenciones al campo, La Nación, 7.6.2019: <https://www.lanacion.com.ar/economia/campo/el-gobierno-recaudara-66-mas-retenciones-al-nid2255686>
- 26 European Milk Board: Milk producers are critical about Mercosur agreement, 2.7.2019: <http://www.europeanmilkboard.org/special-content/news/news-details/article/milk-producers-are-critical-about-mercador-agreement.html?cHash=a31ad4fd412f1fcc0c21f9ddd6f1f97>
- 27 VDA: Mattes: Freihandelsabkommen mit Mercosur bietet große Chancen, Pressemitteilung, 29.6.2019: <https://www.vda.de/de/presse/Pressemeldungen/20190629-Mattes--Freihandelsabkommen-mit-Mercosur-bietet-gro-e-Chancen.html>

28 European Commission: New EU-Mercosur trade agreement – The agreement in principle, 1.7.2019: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/157964.htm>

29 European Commission: Trade part of the EU-Mercosur Association Agreement, Annex on Motor Vehicles, Equipment, and Parts Thereof: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/158154.htm>

30 Sebastian Viehmann: Ab 2018 kommt neue Pflicht-Untersuchung beim TÜV für alle Autos, Focus, 23.10.2017: https://www.focus.de/auto/news/abgas-skandal/abgas-untersuchung-mit-endrohrmessung-ab-2018-kommt-neue-pflicht-untersuchung-beim-tuev-fuer-alle-autos_id_7749055.html

31 Philip Fearnside: Brazilian Amazon deforestation is real despite Bolsonaro's denial, Mongabay, 29.7.2019: <https://news.mongabay.com/2019/07/brazilian-amazon-deforestation-surge-is-real-despite-bolsonaros-denial-commentary/>

32 Thomas Fischermann: Mission Kettensäge, Zeit, 29.7.2019: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-07/abholzung-amazonas-regenwald-brasilien-jair-bolsonaro>

33 European Commission: Trade part of the EU-Mercosur Association Agreement, Chapter Trade and Sustainable Development: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/158166.htm>

34 Für eine Beschreibung siehe: https://en.wikipedia.org/wiki/Free_prior_and_informed_consent

Fotonachweise

S. 1 Slash and burn agriculture in the Amazon: <https://flic.kr/p/3jFShG>, Photo: Matt Zimmermann, Flickr, CC BY 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

S. 2 Cattle ready for sale: <https://flic.kr/p/6HJPR9>, Photo: Beatrice Murch, Flickr, , CC BY 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

S. 3 Long sprinkler in the field: https://unsplash.com/photos/mGXY1xE_dVE, Photo: Nicole Geri, Unsplash

S. 4 <https://unsplash.com/photos/xP5an6iXcf0>, Photo: Tobias Tullius, Unsplash

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Unser Ziel ist eine ökologisch und sozial gerechtere Weltwirtschaft. Dafür setzen wir unsere Expertise in Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik ein: Mit umfassenden Recherchen durchleuchten wir politische Prozesse, benennen die Probleme eines ungerechten globalen Wirtschaftssystems und entwickeln Handlungsalternativen.

Um unsere Ziele zu erreichen, formulieren wir politische Forderungen, betreiben Informations- und Bildungsarbeit und schmieden starke Bündnisse – mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Bürger*innen. Gemeinsam mischen wir uns ein!

Wenn Sie über unsere Arbeit auf dem Laufenden bleiben wollen, dann abonnieren Sie unseren Newsletter:
<https://power-shift.de/newsletter-bestellen/>

Impressum

Herausgeber:

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel.: +49 30 42805479

Web: <https://power-shift.de>

E-Mail: info@power-shift.de

Und:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche

Landwirtschaft e.V. - AbL

Attac Deutschland

Brot für die Welt - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. - BUND Campact e.V.

Forschungs- und Dokumentationszentrum

Chile-Lateinamerika e.V. - FDCL

Forum Umwelt und Entwicklung

NaturFreunde Deutschlands e.V.

Autor: Thomas Fritz

Redaktion/Bildredaktion: Bettina Müller

Layout, Satz & Reinzeichnung:

Tilla Balzer | buk.design

Berlin, September 2019

Diese Publikation wird von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.



Für die Inhalte und der Publikation ist allein die bezuschusste Institution verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wieder.